



Andreas Hillgruber (1925-1989)
Der 2. Weltkrieg
Kriegsziele und Strategien
der großen Mächte

Berlin/Köln/Mainz 1982

Kapitel IX: Bilanz

Welche Konsequenzen hatten Verlauf und Ausgang des Zweiten Weltkrieges für die daran beteiligten Großmächte, deren sich kreuzende, sich überschneidende und sich teilweise berührende politische Leitvorstellungen und strategische Konzeptionen im Mittelpunkt unserer Darlegungen standen, und für das internationale System insgesamt¹?

- 5 Für Großbritannien lag der weitere Niedergang seiner in den letzten Jahrzehnten zwischen 1815 und 1860 und - nach einer Phase innerer Reformen - in der »klassischen« Zeit des Imperialismus im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts errungenen globalen Machstellung, die schon im Ersten Weltkrieg in Frage gestellt worden war, im Grunde bereits mit seinem Kriegsende 1918 fest. Zwei Faktoren mussten sich in jedem Falle gegen Großbritannien auswirken:
- 10 Wie immer der Krieg in Europa ausgehen mochte, an eine Wiedergewinnung des britischen Einflusses in Ostmitteleuropa - wie es der Erste Weltkrieg infolge der Schwächung Russlands durch Krieg und Revolution im Ergebnis gebracht und damit noch einmal für zwei Jahrzehnte eine späte Renaissance der »balance of power« in Europa ermöglicht hatte - war weder bei einem Sieg Deutschlands noch bei einem nur mit Hilfe (oder bei einem aus deren eigenem Entschluss herbeigeführten Eingreifen) der Sowjetunion zu erringenden Siegen Großbritanniens zu denken. Das europäische Gleichgewicht unter indirekter britischer Führung, das traditionell als Voraussetzung für die aktive Weltpolitik Großbritanniens angesehen wurde, obwohl dieses Axiom bereits seit dem Ersten Weltkrieg fragwürdig geworden war, konnte somit auf keinen Fall zurückgewonnen werden. Vor diesem Hintergrund muss man die umstrittene »Appeasement«-Politik Großbritanniens in den dreißiger Jahren als realpolitisch begründete Strategie deuten, die mit - langfristig unzulänglich gewordenen - Mitteln ein Weltreich zu bewahren und gleichzeitig dem inneren Wandel als Herausforderung systemgerecht zu begegnen suchte. Gemäß der britischen Tradition seit 1815 hatte sich dabei Machtpolitik mit moralischen Bedürfnissen verbunden, in den dreißiger Jahren: mit dem Friedensbedürfnis in großen Teilen Europas und in der Welt.
- 25 Schon im Krieg 1914/18 war Großbritannien gezwungen gewesen, um sich in Europa behaupten zu können, den weißen Dominions, aber auch den Kolonialvölkern entgegenzukommen und einer - wenn auch noch begrenzten - Auflockerung seines Empire zuzustimmen. Diese Tendenz zur Selbstständigkeit bestimmte die Zwischenkriegszeit. Wie zu erwarten, wiederholte sich dann im Zweiten Weltkrieg der Zwang zum Nachgeben. In der Krise der Jahre 1941/42 musste die britische
- 30 Regierung die Unabhängigkeit Indiens für die Nachkriegszeit versprechen, um einen - dann doch, weil die Unabhängigkeit nicht sofort zugestanden wurde, ausbrechenden - Aufstand wenigstens eindämmen zu können und einen Übergang Indiens in das Lager der »Dreipaktmächte« zu verhindern. Insgesamt hatte die Notwendigkeit, das Potential des Commonwealth und der Kolonien für die eigene Kriegführung auszuschöpfen, die Folge, dass sich nunmehr die zentrifugalen Kräfte im britischen Commonwealth weitgehend durchsetzen konnten, so dass Kanada, Australien und Neuseeland eigene Wege gingen und sich im Falle einer Bedrohung - wie 1942 angesichts des Vordringens der Japaner - eher an die USA anlehnten, so sehr sich die britischen Konservativen, an der Spitze Churchill, auch gegen diese Auslösungstendenzen stemmen mochten.
- 35 Ein drittes, wohl entscheidendes Moment kam hinzu. Auf dem Höhepunkt der deutschen Erfolge auf dem europäischen Kontinent 1940 stand Großbritannien endgültig vor der latent bereits seit langem gegebenen Alternative, entweder zum »Juniorpartner« einer drohenden deutschen »Weltmacht« singulärer Qualität zu werden oder aber sich der Führung der USA anzuvertrauen, und das hieß auf andere Weise ebenfalls, »Juniorpartner« eines Stärkeren zu werden. Aus historisch-traditionellen wie aus prinzipiellen Gründen kam für Großbritannien die erste Lösung nicht in Betracht. Um einer voraussehbaren Abhängigkeit von einem Super-Großdeutschland Hitlerscher Prägung zu entgehen, nicht um Polen zu retten(!), hatte sich ja die Regierung Chamberlain nach Zögern und Schwanken zur Kriegserklärung an Deutschland entschlossen. So war es nur konsequent (und belegt die Kontinuität der Grundlinie der britischen Politik auch im Übergang von Chamberlain zu Churchill), dass die Entscheidung im Sommer 1940 zugunsten der Anlehnung an Amerika fiel, was Chamberlain - bei noch größerem Handlungsspielraum trotz des britisch-amerikanischen Handelsvertrages vom November
- 50 1938 - während des »Appeasement« bis in den Sommer 1939 hatte vermeiden wollen. Aber: die im Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit noch gewährte Gleichrangigkeit und - etwa im global-

¹ Weitgehend in Anlehnung an A. Hillgruber, *Eine Bilanz des Zweiten Weltkrieges aus der Sicht der kriegführenden Mächte*, in: Ders., *Deutsche Großmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, aaO., S. 350ff.

strategischen Bereich wichtige - »Arbeitsteilung« zwischen Großbritannien und den USA, bei der der Atlantik ganz dem britischen Partner zur weiträumigen strategischen Absicherung überlassen worden war, musste, je länger der Krieg dauerte und je deutlicher wurde, dass er für Großbritannien eine kolossale Überanstrengung darstellte, einer widerwillig ertragenen, aber unvermeidlich gewordenen Unterordnung unter die weltpolitischen Ziele der USA weichen. Der unerwartete Ausgang der britischen Unterhauswahlen im Juli 1945, der den Verfechter der Empire-Tradition, Churchill, trotz seines Triumphes im Kriege gegen Hitler zum Abtreten zwang und der auf soziale Reformen drängenden, sich mit einem bescheideneren außenpolitischen (wenngleich immer noch imperialen) Konzept begnügenden Labour Party die Führung Großbritanniens übertrug, zeigte, dass die Mehrheit der Briten sich mit einem Rückzug ins zweite Glied der Mächte abfand und - britischer Tradition folgend - wiederum mit inneren Reformen die Anpassung an die neue Situation anstrebte.

Es liegt nahe, die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges - im Vergleich mit dieser Leitlinie Großbritanniens - unter den Gesichtspunkt der für die französische Geschichte seit der Großen Revolution kennzeichnenden Kette von abrupten, oftmals revolutionären Brüchen zu stellen. Der für alle kriegsführenden und damals noch neutralen oder »nichtkriegführenden« Mächte überraschend schnelle Zusammenbruch der Dritten Republik 1940 einerseits und die Tatsache, dass Frankreich am Ende des Krieges 1945 dennoch nicht nur auf der Seite der Sieger stand, sondern von ihnen auch, wenngleich unter gewissen Einschränkungen, zumindest formal wieder als Großmacht anerkannt worden war - zwei tiefe Einschnitte innerhalb weniger Jahre -, schufen die Voraussetzung für eine für die französische Politik in den nächsten Jahrzehnten so charakteristische Zwiespältigkeit zwischen nüchtern-realistischer Einschätzung der Gegebenheiten sowie der noch verbliebenen, für Frankreich sehr begrenzten Möglichkeiten und einer mythischen Verklärung der eigenen Größe sowie einer offenkundigen Überschätzung der Rolle Frankreichs in der Weltpolitik. Hierfür zeichnet zwar General de Gaulle in besonderem Maße verantwortlich; er war aber doch letztlich nur herausragender Repräsentant einer verbreiteten Grundhaltung. Die sich daraus entwickelnde Zwiespältigkeit galt sowohl für die französische Politik in Europa als auch - fast noch folgenschwerer - für die Kolonial- und Überseepolitik Frankreichs. Die Bemühungen um Eigenständigkeit, im Rahmen der »Anti-Hilfer-Koalition«, von de Gaulle auch in den Jahren tiefster Schwäche Frankreichs über viele Demütigungen hinweg durchgehalten, gipfelte 1944/45 in dem Bemühen, sowohl von Großbritannien als auch von der Sowjetunion als ebenbürtiger Partner auf dem europäischen Kontinent anerkannt zu werden. Ziel der angestrebten Schaukelpolitik war es, sowohl gegen eine wie immer geartete Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches als auch gegen die angelsächsische Präponderanz² das vermeintlich ausschlaggebende Gewicht Frankreichs in die Waagschale von Ost oder West werfen zu können. Das Missverhältnis zwischen Wollen und Vermögen lag aber bereits 1945 so offen zutage, dass weder für die Sowjetunion noch für die USA und Großbritannien eine mögliche Sonderallianz mit Frankreich mehr als eine zweitrangige Rolle spielen konnte. Als Alternative im großen kam sie wegen der Schwäche Frankreichs für die Vertreter eines Kurses der Kooperation mit der Sowjetunion in den USA nicht in Betracht, und für Exponenten einer Konfrontation mit der Sowjetunion in Amerika lag die Einfügung Frankreichs in den »westlichen« Block nicht aufgrund von Sonderabmachungen, sondern, weil Frankreich bei einer Zuspitzung des Ost-West-Verhältnisses gar nichts anderes übrig bleiben würde, sowieso in der Logik der Dinge. Frankreich hätte sich bis zu einem gewissen Grade größere politische Bewegungsfreiheit in Europa verschaffen können, wenn es - wie es de Gaulle während des Krieges, wenn auch nur vage, als Programm verkündet hatte - seinen Kolonien Freiheit und Unabhängigkeit zugestanden hätte. Im Augenblick des Sieges 1945 gewannen jedoch - den seit dem Zeitalter Ludwigs XIV. charakteristischen Zwiespalt zwischen einem kontinentaleuropäischen und einem überseeischen Engagement ein letztes Mal wiederholend - die beharrenden Kräfte im französischen Kolonialestablishment die Überhand. Sie unternahmen - konträr zum »Zeitgeist« - den Versuch zur Restauration des Kolonialreiches, ein Unterfangen, das Frankreich über fünf Jahrzehnte lang in weit von Europa entfernten Gebieten (Indochina, dann Algerien) militärisch festlegte, es außenpolitisch weitgehend aktionsunfähig machte und so in eine noch stärkere Abhängigkeit von den USA manövrierte, als es aufgrund des weltpolitischen Kräfteverhältnisses ohnehin kaum zu vermeiden gewesen wäre.

Gehörten somit sowohl Großbritannien als auch Frankreich in erster Linie zu den Mächten, die ihre Beteiligung am Siege über Deutschland mit dem Preis ihrer bisherigen herausragenden Stellung im

² Präponderanz (von lat. praeponderare - überwiegen), die: das Übergewicht.

Mächtesystem bezahlen mussten, die sich aber für diesen Preis immerhin ihre innere Freiheit bewahren konnten und die Chance zu neuen Funktionen als »Mittlere Mächte«³ in der Weltpolitik behielten, so waren die beiden Hauptsiegermächte, die Sowjetunion und die USA, obwohl sie nun endgültig zu den führenden Weltmächten aufstiegen, wie es u.a. Tocqueville schon hundert Jahre zuvor für Russland und Amerika aufgrund ihres unvergleichlichen Potentials prophezeit hatte, auf sehr verschiedene Weise von dem betroffen, was man als die ambivalenten politischen Folgen jedes großen militärischen Sieges bezeichnen könnte.

Dies galt gerade für die Sowjetunion. Der Grundansatz ihrer Außenpolitik, der seit den zwanziger Jahren festlag, dass der Sowjetunion ein Kranz »imperialistischer«, d.h. dem kommunistischen System prinzipiell feindlich gesonnener Mächte gegenüberstünde, hatte im Verlauf des Zweiten Weltkrieges trotz aller Wechsel der Mächtekonstellationen und der Rolle der Sowjetunion in ihnen nichts von seiner Bedeutung eingebüßt. Hieraus war vielmehr für die sowjetische Außenpolitik konsequent die Aufgabenstellung erwachsen, schon während des Krieges durch diplomatische Anstrengungen und einen machtbewussten Einsatz der Roten Armee eine größere außenpolitische und eine - angesichts der sprunghaften Entwicklung der Militärtechnik umso - notwendiger strategische Bewegungsfreiheit für die im großen voraussehbare Nachkriegssituation in Europa und in der Welt zu gewinnen. Der 1939 durch den Pakt mit Hitler eingeleitete, dann gescheiterte Versuch Stalins, die »imperialistischen« Mächte gegeneinander zu lenken und sich wechselseitig erschöpfen zu lassen, jedoch selbst in abwartender Position zu verharren, um in der sich abzeichnenden Nachkriegssituation das volle Gewicht der Sowjetunion in die Waagschale der künftigen Auseinandersetzungen mit den verbliebenen »imperialistischen« Mächten werfen zu können, hatte im Schock des deutschen Angriffs am 22. Juni 1941 und in den fast zur Totalkatastrophe führenden Niederlagen der Roten Armee im nächsten halben Jahr bis zur Schlacht von Moskau geendet. Die unter schwersten Opfern errungenen militärischen Erfolge von 1942 an und die im großen ebenso nüchtern-rationale wie brutal-verschlagene Zielstrebigkeit Stalins haben am Ende dennoch der Sowjetunion unter allen Siegermächten die bedeutendsten Gewinne gesichert, obwohl ihr Territorium vom Kriege weitaus am härtesten betroffen worden war. Rund 20 Millionen Tote (dagegen die USA: 259.000; Großbritannien: 386.000) und weithin verwüstete Gebiete im Westen des Landes waren ein äußerst hoher Preis für die Wendung, die vom Rande der Katastrophe 1941 zum Triumph 1945 führte. Durch die beherrschende Stellung, die die Sowjetunion in Europa bis zur Elbe und Werra gewann, waren die Möglichkeiten zur Wiederbelebung anti-sowjetischer Kombinationen im Stile der zwanziger und dreißiger Jahre in Ostmittel- und Südosteuropa langfristig ausgeschlossen. Die der strategischen Sicherung untergeordnete, ja ihr dienende sozialrevolutionäre Umgestaltung in einem weiten Ländergürtel jenseits des ohnehin nach Westen ausgedehnten sowjetischen Territoriums (d.h. im Bereich des alten »Cordon sanitaire« und der vor 1939 zu Zentraleuropa im engeren Sinne gehörenden Gebiete) war eine wichtige Voraussetzung hierfür. Hingegen konnte der projektierte äußerste Sicherungsring einer breiten neutralen bzw. zu »neutralisierenden« Pufferzone zwischen dem so in zweifacher Weise erweiterten Sowjetimperium und dem westlichen Machtbereich von Skandinavien über Rest-Deutschland (in den Grenzen des Potsdamer Abkommens) bis Italien infolge des Übergangs der amerikanischen Nachkriegspolitik von der Kooperation zur Konfrontation nur andeutungsweise geschaffen werden, so dass schließlich eine direkte Berührung mit dem »westlichen« Machtbereich an der neuralgischsten Stelle, in Deutschland, als schlechtere Alternative gewählt werden musste. Dennoch: hier in Europa war ebenso wie in Ostasien eine weitaus bessere Basis geschaffen, dort, in Ostasien, gegenüber dem von den USA besetzten Japan, gleichsam im Nacken des schwachen (und daher mehr im Interesse der Sowjetunion als ein von den Kommunisten unter Mao Tse-tung beherrschtes China liegenden) China Tschian Kai-sheks. Auf diese Weise und durch das allgemein starke Gewicht, das die Sowjetunion im Rahmen der »Anti-Hitler-Koalition« gewonnen hatte, waren die Voraussetzungen für ihren Aufstieg zur Weltmacht gelegt, deren vielfältige Anforderungen von nun an die sowjetische Gesamtpolitik bestimmen sollten.

Allerdings - darin lagen die erwähnten ambivalenten Auswirkungen des Triumphes von 1945 - sah sich die Sowjetunion trotz der erreichten Ausschaltung der beiden »imperialistischen« Großmächte, unter deren Zweifrontendruck sie seit der Weltwirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre gestanden hatte, Deutschlands und Japans, wenn jetzt auch weiträumiger als 1939, weiterhin von »imperialisti-

³ Th. Schieder, *Die mittleren Staaten im System der großen Mächte*, in: *Historische Zeitschrift* 232 (1981), S. 583ff.

schen« Mächten »eingekreist«. Die verbesserte Militärtechnik, vor allem der qualitative Vorsprung, den die USA durch ihre Nuklearwaffen 1945 gewannen, hob den Vorteil der erkämpften Weiträumigkeit zu einem guten Teil wieder auf. Die Sowjetunion hatte zudem in Europa eine »halb-
5 hegemoniale« Stellung mit all den Gefährdungen und Belastungen gewonnen, die mit dieser zwiespältigen Position seit jeher verbunden waren. Sie zeigten sich bald in den Abwehrreaktionen aller europäischen Staaten, die nicht direkt der sowjetischen Herrschaft unterworfen waren, in deren direkter oder indirekter Anlehnung an den weltpolitischen Gegenspieler der Sowjetunion, an die USA. Schlimmer noch: Während vor dem Zweiten Weltkrieg die Chance bestanden hatte, die verschiedenen Gruppen der »imperialistischen« Mächte - die »Have-nots« gegen die Etablierten - zu lenken, war jetzt die ökonomische sowie die militärische und die technologische Überlegenheit der Weltmacht USA im Kreise der verbliebenen »imperialistischen« Staaten so groß, dass ein vergleichbarer Konflikt zwischen den »imperialistischen« Mächten untereinander wie vor 1939 zumindest für absehbare Zeit auszuschließen war. Vielmehr konnte die neue Weltmacht USA im Krisenfall unter
10 veränderten, aber infolge des amerikanischen Atomwaffenmonopols (bzw. später ihres nuklearen Übergewichts) für die Sowjetunion nicht grundsätzlich verbesserten Bedingungen von Mitteleuropa und von Ostasien aus die Zweifrontensituation erneuern, wobei sich die Sowjetunion jetzt einem wesentlich fester gefügten »imperialistischen Block« gegenüber sah, der zudem im Ernstfall zweifellos anders als Hitler den Triumph eines zündenden Freiheitsappells an die zwangsweise im Sowjetimperium vereinten Völker ausspielen würde. Der machtpolitische Durchbruch ins Freie im Sinne einer realen Chancengleichheit mit der stärksten gegnerischen Macht im Zuge des in ein neues Stadium eintretenden Ringens zwischen den Weltmächten war für die Sowjetunion 1945 noch nicht erreicht. Der Vorsprung der USA wurde vielmehr als bedrohlich betrachtet; deren Wendung zur Konfrontation, von Präsident Truman im weltpolitischen Rahmen schon 1945 vollzogen, verstärkte in
15 sowjetischer Sicht diese vorerst zwiespältige, nur durch eine gewaltige Anstrengung zu korrigierende Bilanz des Krieges. Von dem in der letzten Kriegsphase 1944/45 in Ostmitteleuropa gewonnenen »Plateau« aus konnte allerdings nach einer »Pause« der weltpolitische, militärstrategische und militärtechnische Ausbau der sowjetischen Position und der Ausgriff ins Globale gewagt werden. Allerdings unterlag die Sowjetunion weiter den Gefährdungen, denen nach voller Hegemonie in Europa strebende Landmächte nun einmal seit je ausgesetzt waren, nun verstärkt durch das Problem einer »zweiten Front« im Osten (USA mit Japan und/oder China) und potenziert um die inneren Schwierigkeiten der schmalen Führungsschicht der sowjetkommunistischen Kaderpartei und um die ethnischen Spannungen innerhalb des Sowjetimperiums.

Damit ist schon indirekt ausgesagt, dass, so hoch der Faktor Sowjetunion in der Weltpolitik aufgrund
20 des Sieges von 1945 einzuschätzen war, dennoch die USA als die überlegene, ökonomisch wie - als See- und Luftmacht - strategisch dominierende und mit ihren liberal-demokratischen Leitvorstellungen weithin attraktivere Weltmacht aus dem Kriege hervorgingen. Für die nächsten Jahre besaß Amerika faktisch das Kernwaffenmonopol oder doch eine so große Überlegenheit, dass es dieser Bewertung gleichkam. Die USA schienen prädestiniert, der Welt den Frieden nach ihren Prinzipien zu diktieren. Allerdings waren die USA auf diese Ausnahmesituation, die erstmals in der Menschheitsgeschichte einer Macht die reale Chance zur Aufrichtung einer - wie auch immer auszuwertenden - Weltherrschaft im Wortsinne bot, nicht vorbereitet und folglich nicht in der Lage, sie adäquat zu eigenen Gunsten zu nutzen. Wie im Falle Großbritanniens im 19. Jahrhundert war auch im Falle der USA im 20. Jahrhundert aufgrund ihrer inneren Struktur eine informelle Beherrschung der Welt das ihnen Gemäße.
25

Dies sowie die optimistische Erwartung, mit ihren Idealen eine globale Ausstrahlungskraft indirekt in viel größerem Maße entfalten zu können, hielten wohl die aktuelle Weltvormacht USA vor dem Versuch zurück, ihr Machtmonopol zur Aufrichtung einer direkten globalen Herrschaft einzusetzen. Schon im Kriege hatte sich zudem aufgrund der im Laufe der Jahre wechselnden Fehleinschätzung
30 der Sowjetunion (zwischen der als einer »quantité négligeable« 1941/42 und einer den USA zumindest in Europa überlegenen Supermacht 1944/45) ein Schwanken zwischen der globalen Zielsetzung einer »Pax Americana« (»Atlantik-Charta« 1941) mit zumindest einer Weltvormachtstellung der USA und einer - damit verglichen - relativ begrenzten Hegemonialrolle in einer weiten Region, die den amerikanischen Doppelkontinent, die beiden Ozeane und ihre Randzonen in Europa, Afrika und Teilen Ostasiens umfassen sollte, feststellen lassen. Als sich nach der Schlacht um Stalingrad Anfang
35 1943 in amerikanischer Sicht herausstellte, dass entgegen der bisherigen Lage-Einschätzung die Sow-

jetunion als erstrangiger Machtfaktor aus dem Krieg hervorgehen könnte, verknüpfte sich diese Alternative – Weltvormacht oder Hegemonialmacht in einem (atlantisch-westeuropäischen) Großraum – in der Zielrichtung mit der anderen Problematik von Kooperation oder Konfrontation mit der Sowjetunion in der Nachkriegszeit. Im Augenblick des Sieges in Europa schien infolge des plötzlichen Todes von Präsident Roosevelt und der vorübergehenden Unsicherheit seines Nachfolgers Truman die Frage zunächst offen, in welcher Richtung sich die amerikanische Politik weiter entfalten würde, auch wenn sich die Waage bereits – auch infolge einiger Vorentscheidungen aus den ersten Monaten des Jahres 1945, noch aus der Zeit Roosevelts – auf den Konflikt und zu einer Blockbildung im Westen hinneigte. Damit aber stand, sobald sich erwies, dass eine territoriale Veränderung größeren Stils ohne eine neue große Kriegskatastrophe nicht mehr möglich war, fest, dass in Europa, basierend auf der Polarität der beiden »Blöcke« und auf der Teilung des Kontinents (mit dem besiegten Deutschland als Kern), ein wesentlich stabileres Gleichgewicht den Frieden sicherte, als es das äußerst labile Gleichgewicht der Ordnung von 1919/20 getan hatte. Die andere, schon für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg im Grunde nur scheinbar gegebene Wahlmöglichkeit zwischen einer Rückkehr zur Isolation im Bereich des amerikanischen Doppelkontinents und einem permanenten Engagement in der Weltpolitik war jetzt endgültig überholt, und auch die tatsächlich gegebene Alternative der zwanziger Jahre: direktes machtpolitisch-militärisches Engagement oder aber – wofür sich Amerika damals entschieden hatte – indirektes, unter dem Primat der Wirtschafts- und Finanzinteressen stehendes Hineinwirken in die Weltpolitik, ließ sich diesmal nicht mehr wie damals zugunsten eines »Entweder-Oder«, sondern nur noch im Sinne eines »Sowohl-als-Auch« lösen.

Es lag in der Logik der in der Formel von der »bedingungslosen Kapitulation« komprimierten, als »Antwort« auf die »Herausforderung« der »Aggressoren« zu verstehenden extremen Kriegszielpolitik der »Anti-Hitler-Koalition«, dass die besiegten Staaten nicht nur geschwächt werden, sondern aus dem Kreis der Großmächte überhaupt entfernt werden sollten. Dieses Ergebnis wäre allerdings auch ohne eine solche Zuspitzung der Kriegsziele der Alliierten, selbst bei einem Kompromissfrieden auf der Basis des Status quo ante, faktisch der Fall gewesen; denn sowohl die rapide Entwicklung der Militärtechnik und, darauf gründend, die »raumgreifende« Militärstrategie, die nur den Staaten von kontinentaler Weiträumigkeit die Chance zu machtpolitischer »Souveränität« beließ, als auch die bereits im Ersten Weltkrieg konstatierte mangelnde Fähigkeit einer Reihe bisheriger Großmächte zu ökonomischer Selbstversorgung innerhalb ihrer nationalen Grenzen machten eine Ausweitung des Machtbereichs von Staaten in der Größenordnung Deutschlands, Italiens oder Japans über den bis dahin zur Behauptung ihrer Großmachtstellung ausreichenden nationalstaatlichen Rahmen notwendig, wenn sie mit den dafür von Raum und Potential her »prädestinierten« Mächten wie den USA oder Sowjetrußland Schritt halten und nicht kampfflos auf die Stufe mittlerer Staaten zurückfallen wollten. Das Hinausschieben der Grenzen über den nationalstaatlichen Bereich hinaus war folglich nicht nur das Programm ideologischer Extremisten, sondern auch das Ziel der zahlenmäßig weitaus größeren gemäßigten, jedoch im traditionellen Großmachtdenken verharrenden Kräfte in der Führung dieser Staaten, die (objektiv gesehen – eben aufgrund der partiellen Interessenidentität) die Extremisten stützten. Das Streben nach dem Ziel der Bewahrung bzw. der Wiedergewinnung machtpolitischer »Souveränität« unter den veränderten Rahmenbedingungen in der Mitte des 20. Jahrhunderts war zudem der gemeinsame Grundzug, sozusagen das einzige verbindende Glied zwischen den im Übrigen in vielerlei Hinsicht divergierenden drei »Have-nots«-Mächten. Ihre Zurückdrängung auf die alten nationalstaatlichen Grenzen aber war, auf der Gegenseite, das Minimalziel auch der gemäßigten, im Verlauf des Krieges nach den Enttäuschungen über die deutsche Opposition gegen Hitler (im Winter 1939/40) bis zu der sich anbahnenden Wendung in den letzten Kriegswochen in die Isolierung geratenen Gruppen in den Führungsschichten der USA und Großbritanniens.

Von diesen Voraussetzungen her geurteilt bedeutete für alle drei besiegten Großmächte der Kriegsausgang den Abschluss einer geschichtlichen Epoche, ihres durch Rückschläge bis dahin allenfalls unterbrochenen, aber nicht abgeschnittenen Aufstiegs aus dem Kreis der mittleren Staaten seit den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Für sie alle hatte ihre Rolle als »souveräne« Großmacht im Rahmen des europäischen bzw. des Weltmächtesystems somit nur 80-90 Jahre gedauert.

Auf den ersten Blick betrachtet am tiefgreifendsten, unter längerfristiger Perspektive, aber noch am wenigsten entscheidend war die Zäsur des Jahres 1945 für Japan, das seit der Meiji-Restauration von 1868 eine – wie es schien – trotz mancher Krisen erstaunliche Aufwärtsentwicklung in die erste Reihe

der Mächte hinein vollzogen hatte. Wohl war jetzt mit der Kapitulation seine machtpolitisch voll »souveräne« Großmachtfunktion beendet und damit der erste Versuch eines nicht-»weißen«, eines asiatischen Staates, gleichrangig im Kreise der Großmächte zu agieren, gescheitert. Dies konnte als ein verspäteter Triumph seiner »weißen« Konkurrenten gedeutet werden. Die imperialistische Welle der okzidentalen Mächte hatte sich ja am Ende des 19. Jahrhunderts, nachdem fast die ganze Erde teils direkt, teils indirekt in den Machtbereich der »Weißen« geraten war, am Widerstand Japans gebrochen, und Japans Aufstieg seit dem japanisch-chinesischen und vor allem seit dem russisch-japanischen Krieg war zum Symbol geworden dafür, dass sich die Gegenkräfte gegen die - eben nie ganz erreichte - »weiße« Alleinherrschaft über die Welt zu formieren begannen. Dennoch bedeutete - wie sich bald herausstellen sollte - die Niederlage Japans von 1945 nicht, wie anfangs im Zusammenhang mit der »Entgöttlichung« des japanischen Kaisers, des Tenno, und der teils erzwungenen, teils in einem geschmeidigen Anpassungsprozess quasi-freiwillig vollzogenen Übernahme vieler amerikanischer Ideen und Institutionen in Japan vermutet, das abrupte Ende einer Entwicklung, sondern - bildlich gesprochen - nur das »Abknicken« in eine etwas veränderte, modernere Richtung. Hierzu trug die Gunst verschiedener Faktoren bei: nur von einer Siegermacht (den USA) abhängig zu sein; die Rückwirkungen des sich bald nach Kriegsende ankündigenden Umsturzes in China, in dem unter Mao Tse-tung - in Konsequenz des Ausgangs des Ostasienkonfliktes seit 1937 und der ihn begleitenden antikolonialistischen Tendenzen - der Aufstieg eines zweiten nicht-»weißen«, asiatischen Staates zur »souveränen« Großmachtstellung begann, den schon Tschiang Kai-shek im Zusammengehen mit den USA seit der Konferenz von Kairo 1943 vergeblich zu vollziehen versucht hatte; schließlich die damit, aber auch zuvor schon aus der amerikanisch-sowjetischen Konfrontation in Fernost sich ergebende Umbewertung der Rolle Japans innerhalb der globalen Strategie der USA.

Aus alledem resultierte eine Veränderung, die Japan mit der Chance zur Ausnutzung des gewaltigen Wirtschaftspotentials eines machtpolitisch gewiss nicht mehr voll »souveränen« Großstaates doch wieder als Faktor ersten Ranges in eine neue Epoche der japanischen Geschichte einmünden ließ, die sehr viel mehr traditionelle Elemente enthielt, als unmittelbar nach der Kapitulation 1945 erwartet worden war. Eine gewisse Ähnlichkeit mit der Situation Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg ist nicht zu übersehen. Dies kommt auch in der hartnäckigen Forderung nach Revision des Kriegsergebnisses gegenüber der Sowjetunion zum Ausdruck, von der noch immer die Rückgabe der vier südlichen, der nördlichsten Hauptinsel Hokkaido unmittelbar vorgelagerten Kurilen-Inseln verlangt wird.

Das Schicksal Italiens glich dem Japans insofern, als auch dieser Staat es in der Niederlage faktisch nur mit einer Siegermacht bzw. mit einer weitgehend in sich konformen Mächtegruppe (USA/Großbritannien) zu tun hatte, ihm somit die nationale Einheit erhalten blieb. Im Gegensatz zu dem sehr eigenwilligen, selbstbewusst bestrittenen Wege Japans seit der Meiji-Restauration hatte Italien jedoch seit Cavours machiavellistischem »Einstieg« in die »Große Politik« während des Krimkrieges, der Sardinien-Piemont auf der Pariser Friedenskonferenz von 1856 die Anerkennung als quasi sechste europäische Großmacht eingebracht hatte, seine Großmachtrolle stets nur in Anlehnung an andere und im Schatten stärkerer Mächte zu spielen vermocht, die längste Zeit unter dem Schutz der britischen Weltmacht, zuletzt, die Alternative des »Dreibundes« der Bismarck- und Vorweltkriegszeit noch einmal unter erheblich veränderten Verhältnissen ausspielend, als wirklicher »Junior«-Partner Hitler-Deutschlands. Die Ansätze zur imperialen Expansion auf dem Balkan sowie in Afrika unter Ausnutzung der Spannungen zwischen den anderen Mächten, die Italien, von seinem Brückenkopf jenseits des Mittelmeers, Libyen, ausgehend, im Zweiten Weltkrieg in Anlehnung an Deutschland zu einem Mittelmeerimperium auszuweiten gehofft hatte, wurden als Ergebnis des Kriegsausgangs vollkommen beseitigt. Italien war auf seine schwierigen innenpolitischen und sozialen Probleme zurückgeworfen, die das faschistische Regime über zwanzig Jahre lang zu überdecken verstanden hatte. Anders als Japan besaß Italien innerhalb des amerikanischen Klientel-Systems jedoch nicht eine so zentrale Bedeutung, dass eine Konsolidierung der inner-italienischen Verhältnisse - von Ausnahmesituationen abgesehen - als eine vitale Angelegenheit der amerikanischen Hegemonialmacht im Mittelmeerraum angesehen wurde - mit der Folge, dass es im Wesentlichen auf die eigenen unzureichenden Kräfte angewiesen blieb und sich mit der Rolle einer mittleren Macht abfand, die es im Grunde zwischen 1861 und 1943 geblieben war.

Anders als Japan und Italien hatte sich Deutschland unter Hitler in seiner Zielsetzung nicht auf die Gewinnung einer Hegemonialstellung innerhalb eines (regional begrenzten) Großraumes beschränkt.

Japan und Italien hatten zwar die übrigen Großmächte auch aus wichtigen Kolonialgebieten und Stützpunkten zu verdrängen getrachtet, sie aber nicht in ihrer Existenz als Großmächte bedroht oder gar auszulöschen beabsichtigt. Darin lag das Singuläre der Zielsetzung Hitlers, dass sie über eine traditionelle Hegemonialstellung in einem erweiterten »Mitteleuropa« - wie sie das Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg 1914/18 angestrebt hatte - quantitativ und qualitativ weit hinausging und über eine Weltmacht-Position auf eine Weltvormachtstellung, langfristig gar auf die Weltherrschaft im Zuge eines »Stufenprogrammes« gerichtet war, wobei Frankreich und Russland als Großmächte ausgeschaltet werden sollten, indem Frankreich auf die Ebene eines abhängigen mittleren Staates zurückgedrängt, Russland aber als Ganzes zum Objekt einer Kolonialherrschaft, zu einem deutschen »Indien« werden sollte.

In der Konsequenz des rassenideologischen Dogmas des radikalsten universalen Antisemitismus, des Sozialdarwinismus und der »Untermenschen«-Doktrin stellte die Ausrottung der Juden die weitestreichende, wenn auch keineswegs einzige, extreme Schlussfolgerung dar, wie ein Blick allein auf die projektierte gewaltsame Umsiedlung von über 30 Millionen Menschen aus Ostmittel- und Osteuropa im Zuge des sog. »Generalplans Ost« zeigt. Im Rahmen der Geschichte der preußisch-deutschen Großmacht stellte Hitlers Zielsetzung räumlich gesehen zwar eine letzte Aufgipfelung und extreme Ausweitung älterer Zielvorstellungen dar. Im Wesenskern aber war sie qualitativ etwas anderes; sie vollzog einen tiefen Bruch mit der deutschen Vergangenheit. Dies allerdings blieb während des Krieges in seinen vollen Konsequenzen weithin unbeachtet, da so, wie dieser nach den großen Anfangserfolgen über die Rückschläge bis zur Schlusskatastrophe verlief, nur eine partielle Realisierung des nationalsozialistischen Programms möglich wurde, dessen volle Verwirklichung das überlieferte Europa total zerstört hätte, und die Konzentration der meisten Deutschen auf die Kriegsanstrengungen auch die Verschleierung der größtenteils verwirklichten »Endlösung« erleichterte.

Da andererseits frühzeitig feststand, dass anders als 1918 im Falle einer Niederlage das Deutsche Reich als Großmacht nicht erhalten bleiben würde, weil im Gegensatz zu damals gleichsam die ausgelöste Lawine der Gegenmächte von Ost und West auf die Mitte Europas und Deutschlands zurollte, musste das Ende von Hitlers intendierter Weltmacht neuer Qualität zugleich auch das Ende der deutschen Großmachtstellung traditioneller Art, des Bismarck-Reiches, bedeuten. Die Folge davon, dass Hitler und sein Regime sowie die alten Führungsgruppen in Staatsbürokratie, Wirtschaft, Militär und Diplomatie sich damit sozusagen in einem Boot sitzend sahen, hat zunächst die Härte und Dauer des deutschen Abwehrwillens gegenüber der übermächtigen feindlichen Allianz (die die »bedingungslose Kapitulation« forderte), auch nachdem die Entscheidung im großen längst gefallen war, mit verursacht, danach dann, als offenbar wurde, dass die damit erreichte Verlängerung des bereits verlorenen Krieges die Vollendung des Verbrechens der Judenvernichtung (und von vielen anderen Kriegsverbrechen) erst ermöglicht hatte, die Kapitulation nicht nur zu einer militärischen und politischen, sondern auch zu einer moralischen Katastrophe für die Deutschen werden lassen.

Nirgends war die Diskrepanz zwischen dem Gewollten und dem Erreichten - bei Hitler, aber auch bei den Deutschen, die in traditionellen Großmachtvorstellungen verharrt oder naiv den Parolen vom »großdeutschen Freiheitskampf« geglaubt hatten -, so groß wie im Falle Deutschlands, von welcher Warte man auch die Bilanz des letzten Abschnitts seiner Geschichte zu ziehen suchte. Ausgelöscht war 1945 nicht nur die in der Bismarck-Zeit gewonnene Großmachtstellung des Reiches aufgrund der neuen weltpolitischen Konstellation, nachdem sich, bildlich gesprochen, das Tor zwischen Ost und West wieder geschlossen hatte, das sich als Ergebnis des Krimkrieges für Mitteleuropa geöffnet hatte und das die entscheidende Voraussetzung für achtzig Jahre preußisch-deutscher Großmachtspolitik gewesen war. Verloren war nicht nur ein Viertel des alten, noch in Versailles unbestrittenen Reichsgebietes, aus dem etwa 6,9 Millionen Menschen in das Restterritorium des Vier-Zonen-Deutschlands zwischen Oder und Rhein in den letzten Kriegswochen geflüchtet waren oder nach Kriegsende vertrieben wurden, sondern verwirkt schien durch das im deutschen Namen Geschehene auch der Anspruch der Deutschen auf ein nationales Eigenleben in bescheidenerem Rahmen. Mit den vom total besiegten deutschen Staat befohlenen Verbrechen konfrontiert, schien der Druck und der Sog, den die Siegermächte in West und Ost in ideologischer, ökonomischer und machtpolitischer Hinsicht auf die Deutschen ausübten, von Anfang an so stark, dass jeder Versuch zur Wahrung eines nationalstaatlichen Zusammenhangs der Überlebenden der Katastrophe, wie ihn wenige, gerade die dem nationalsozialistischen Terror entkommenen Repräsentanten der deutschen Widerstandsbewegung, in den ersten Jahren nach 1945 anstrebten, als die Situation in und um Deutschland relativ noch am

offensten war, den meisten Deutschen aussichtslos schien.

Doch dabei blieb es nicht: Vielmehr bestimmte angesichts des bald auch das verbliebene deutsche Potential kalkulierend einbeziehenden »Kalten Krieges« ein Hin- und Herschwanen zwischen einer Überschätzung der trotz allem verbliebenen und überraschenderweise scheinbar wieder wachsenden Chancen, erneut ins Spiel der »Großen Politik« eintreten zu können, und einem fatalistischen Sich-Abfinden mit der Teilung Rest-Deutschlands sowie einem Sich-zur-Verfügung-Stellen gegenüber den neuen »Verbündeten« in vielfältiger Variation jenen Übergang zu einer völlig neuen Epoche der deutschen Geschichte, die - trotz mancherlei Kontinuitäten im einzelnen - im ganzen nicht zuletzt dadurch, dass Deutschland hinter die Stufe der nationalen Einheit zurückgeworfen war, doch einen viel stärkeren Bruch mit der Vergangenheit darstellte, als dies für Italien und Japan galt.

Im weltpolitischen Rahmen blieb das Schicksal Deutschlands, mit dem die Siegermächte aufgrund ihrer diametral entgegengesetzten Leitvorstellungen keinen Friedensvertrag schließen konnten, eingebettet in die entscheidende Frage der Nachkriegszeit insgesamt, ob es gelingen würde, nach der größten Kriegskatastrophe der Weltgeschichte eine universale Friedensordnung zu schaffen, oder ob die Entwicklung - was trotz aller Hoffnungen wohl der meisten Menschen in allen Ländern von Anfang an wahrscheinlich war - zu einer ideologischen und machtpolitischen »Block«-Bildung treiben würde, die zu besonders hochgradigen Spannungen im geteilten Rest-Deutschland führen mussten, da hier die »Blöcke« unmittelbar aufeinander stießen. Dieser Trend musste im Effekt zu einer ähnlichen, wenn auch politisch wie geographisch anders strukturierten und um andere Führungsmächte gruppierten Aufteilung der Welt mit jeweils einer Hegemonialmacht im Zentrum führen, wie es bei einem - einmal unterstellten - Sieg der ebenfalls untereinander schon während des Krieges rivalisierenden - »Dreierpaktmächte« bei einem Sieg über die »Anti-Hitler-Koalition« der Fall gewesen wäre.

In der langen, vom permanenten Scheitern durchzogenen Geschichte der europäischen Friedensschlüsse und Friedensentwürfe seit dem Westfälischen Frieden kam der Neuordnung nach dem Zweiten Weltkrieg eine exzeptionelle Bedeutung zu, da die inzwischen entwickelte Militärtechnik mit ihren Vernichtungsmöglichkeiten, denen in den Jahren 1939/45 über 50 Millionen Menschen zum Opfer gefallen waren, in einem dritten Weltkrieg aller Voraussicht nach zu einer Auslöschung der Menschheit als Ganzes führen würde. Den Bemühungen des amerikanischen Präsidenten Roosevelt in der Endphase des Zweiten Weltkrieges 1943-1945, eben wegen dieser drohenden Möglichkeit, dass dem Zweiten Weltkrieg ein dritter folgen würde, wenn es der »Anti-Hitler-Koalition« nicht gelänge, eine handlungsfähige, mit starker Exekutivgewalt ausgestattete Weltorganisation zu schaffen, die jeden Konflikt zwischen den Großmächten (ebenso wie solche regionaler Art) schon im Keim ersticke, blieb indessen der entscheidende Erfolg versagt. Das Festhalten am machtsstaatlichen Souveränitätsdenken, vor allem auf Seiten der Sowjetunion, aber auch den USA selbst, in Großbritannien und z.T. in Frankreich - vor allem bei de Gaulle - ließ mit dem daraus resultierenden Veto-Recht der Großmächte im Weltsicherheitsrat die traditionelle Machtpolitik über 1945 hinweg fort dauern.

Nur in dem vom Zweiten Weltkrieg am härtesten betroffenen Gebiet, im Kernraum Kontinentaleuropas, war der Souveränitätsanspruch der Staaten 1945 soweit abgeschwächt, dass unter dem Eindruck der Kriegserfahrungen der Gedanke eines größeren Zusammenschlusses der bisherigen Nationalstaaten unter Verzicht auf ihre Souveränitätsrechte zunächst überwog, so dass Aussicht zu bestehen schien, ihn im Sinne einer föderalen Zusammenfassung wenigstens West-Europas zu verwirklichen, bis dann allerdings mit fortschreitender Entfernung vom Kriegsende auch hier ein Erlahmen dieser Anstrengungen eintrat und der Gedanke der nationalstaatlichen Restauration schließlich die Oberhand gewann. Die Dekolonisation, eine der wichtigsten Folgen des Zweiten Weltkrieges, stärkte, da alle jungen Staaten Asiens und Afrikas von ihrer nationalen Souveränität fasziniert waren, paradoxerweise die allgemeine Tendenz zur Rückkehr zum - realiter - überholten Souveränitätsprinzip bei allen, selbst bei den kleinsten Staaten.

So einschneidend der Zweite Weltkrieg für die Geschichte aller daran beteiligten Großmächte, für ihren weiteren Aufstieg, für ihren Niedergang oder ihren Abschluss war, das Mächtesystem selbst erfuhr zwar wesentliche Änderungen, indem es sich auf wenige Supermächte und eine Reihe »mittlerer Staaten« konzentrierte; es blieb jedoch als Ganzes bestehen, ja es verhärtete sich im Zeichen

der ideologischen und machtpolitischen »Block«-Bildungen weiter. Die Überwindung des mehr denn je auf einem höchst labilen Gleichgewicht der Kräfte basierenden, endgültig ins Globale ausgeweiteten Mächtesystems und die Abwendung der wachsenden Bedrohungen, die von dem ihm innewohnenden Konfliktpotential ausgehen, blieb als ungelöste, vorerst offensichtlich unlösbare Aufgabe aus dem Zweiten Weltkrieg künftigen Generationen überlassen.

In: Andreas Hillgruber, *Der 2. Weltkrieg. Kriegsziele und Strategien der großen Mächte*, Stuttgart 1982, S. 156ff.

*Wer nichts weiß,
muss alles glauben!*

Marie von Ebner-Eschenbach



HK 2020/Z1



*Geschichte der USA
im 20. Jahrhundert*